

Wilsdruffer Tageblatt

Sernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 25614

Erste Ausgabe mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei
Bestellung monatlich 4.50 M., nach unsere Kundenerträge in der Stadt monatlich 5 M., auf dem Lande
4.25 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.25 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Bestellungen und Postbesten sowie
andere Kundenerträge und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder
sonstiger Zwischenfälle haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Interessentpreis 1 M. für die Geschäftsleute, die ihren Namen, Namen, die 2pöilige Korrespondenz 2.50 M.
Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechende Preisnachlässe. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von
Behörden) die 2pöilige Korrespondenz 5 M., Nachweilungsgebühr 50 Pf. Bezugsannahme bis vormit-
tag 10 Uhr. Für die Abholung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abhol-
anspruch erlischt, wenn der Betrag durch Mäße eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt
Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästner, für den Inzeratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 209.

Mittwoch den 7. September 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Montag den 12. September 1921 vormittags 9 Uhr

wird im Verhandlungslokal des amtschauptmannschaftlichen Dienstgebäudes
öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses
abgehalten werden.

Die Tagesordnung ist vom 6. September 1921 ab im Aushangkasten des amtschaupt-
mannschaftlichen Dienstgebäudes angeschlagen.

Meissen, am 5. September 1921. 369 I. B. Der Amtshauptmann.

Das im Grundbuche für Blauenstein Blatt 75 auf den Namen des am 27. Juli 1912
verstorbenen Schuhmachermeisters August Oswald Pinert eingetragene Grundstück soll
zum Zwecke der Aufhebung der Erbengemeinschaft

am 24. Oktober 1921 vormittags 10 Uhr

in Blauenstein im Schlegel'schen Gasthause im Wege der Zwangsversteigerung
versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 3,7 Ae groß und auf 20000 M. geschätzt.

es liegt in der Mitte des Dorfes Blauenstein und ist mit einem massiven Wohnhause
und Schuppengebäude bebaut. Das Wohnhaus trägt die Nr. 13B der Ortsliste, besteht
aus Erd- und Obergeschos und enthält zwei Wohnungen.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück
betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Ein-
tragung des am 21. Juni 1921 verlaublichen Versteigerungsvermerks aus dem Grund-
buche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung
zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft
zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht be-
rücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers
und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des
Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen,
widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten
Gegenstandes tritt.

Wilsdruff, den 5. September 1921.

5572

Sächsisches Amtsgericht.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung erläßt eine Rundgebung, in der
Führung für die Uniform der Wehrmacht des Reiches verlangt
wird und alle Ausrichtungen in dieser Beziehung beurteilt
werden.

* Reichskanzler Wirth hielt in einer Zentrumerversammlung
zu Berlin eine Rede, in der er sich scharf gegen die Rechts-
parteien wandte.

* Die preussischen Beamten erhalten die gleichen Teuerungszu-
schläge wie die Reichsbeamten.

* Der französische General Le Rond ist in Opatowitz ein-
getroffen und hat die Geschäfte der Interalliierten Kommission
wieder übernommen.

* Bei politischen Zusammenstößen in Koburg wurde eine
Anzahl von Personen zum Teil schwer verletzt.

* An der Montag in Genf eröffneten zweiten Tagung des
Völkerbundes nahmen 47 Staaten teil.

* Die irischen Führer haben das Angebot Englands abge-
lehnt und verlangen volle Unabhängigkeit ihres Landes.

* In Spanien soll angeblich wegen der Abneigung gegen
den marokkanischen Krieg eine Revolution bevorstehen.

* Die persische Regierung hat den mit der britischen
Finanzkommission geschlossenen Vertrag annulliert. Damit
verschwindet der letzte Vertrag zwischen England und Persien.
Die Mobilisation in Südpersien dauert an.

Wieder ein Krieg?

Das irische Parlament mit dem unmissprech-
lichen Namen, den man in der letzten Zeit einigemal
in englischen Depeschen lesen konnte, ohne daß er deswegen
schon Eingang in den allgemeinen europäischen Sprachge-
brauch gefunden hätte, dieses irische Parlament in Dublin
hat nunmehr die Friedensvorschläge Lloyd Georges abge-
lehnt, endgültig abgelehnt. Das ist gewiß nicht in
irgendeiner Augenblickserregung, gewiß nicht unter dem
Eindruck besonders scharfer Gegenäußerlichkeiten, auch nicht
unter der Einwirkung unverantwortlicher Propaganda ge-
schrieben, sondern nach überaus langwierigen, sorgfältigen
und, wie man gleichfalls annehmen muß, gewissenhaften
Überlegungen ernster, pflichtbewusster, um das Wohl ihres
Volkes im höchsten Grade besorgter Männer. Auf das be-
deutendste Wort der Londoner Regierung ist damit von
der Sinnseite eine letzte Antwort erfolgt, und was
nun kommen wird, dafür wird es vielleicht in aller
Geschichte der Menschheit noch kein Beispiel gegeben haben.
Denn Lloyd George hat selbstverständlich, während er mit
De Valera und Genossen verhandelte, alle Vorschläge
getroffen, um in dem entscheidenden Augenblick für alle
Möglichkeiten gerüstet dazustehen. Sollte es jetzt zum
Kampfe kommen, so werden die militärischen Machtmittel
des Reiches sicher mit voller Kraft eingesetzt werden, um
den von den verantwortlichen Ratgebern der Krone ge-
deckten Willen seiner Majestät des Königs dem Wider-
stand des irischen Volkes gegenüber durchzusetzen. Man
kann sich schon darauf verlassen, daß die Londoner Regie-
rung diesen Krieg mit der gleichen Rücksichtslosigkeit füh-
ren wird, mit der sie allen Feinden des Reiches zu bege-
gen pflegt. Man kann sich aber ebenso darauf verlassen,
daß das irische Parlament sich keinen Augenblick darüber
im Zweifel war, was für Land und Volk der grünen
Insel mit der Ablehnung der letzten Friedensvorschläge
aus London auf dem Spiele stand.

Die Antwort aus Dublin geht von der Feststellung
aus, daß das irische Volk keine freiwillige Union mit Eng-
land anerkenne — wodurch die ganze schmachtvolle Ver-
gangenheit des Landes mit einem Federstrich gelöscht
wird — daß es vielmehr das fundamentale Recht für sich
in Anspruch nehme, sein Schicksal in freier Wahl zu be-
stimmen und so keine nationale Bestimmung zu verwirkli-
chen. Das Lloyd George vorschläge, habe lediglich den
englischen Standpunkt zur Voraussetzung und werde des-
halb unwiderruflich abgelehnt. Man wolle Irland nicht
auf gleiche Stufe stellen mit den übrigen freien Nationen

des Britischen Reiches, es solle vielmehr auf dem unter-
geordneten Stand festgehalten werden, den es bis dahin
eingenommen habe. Die britischen Dominiken seien alle
gegen eine Herrschaft Englands gekämpft, nicht nur durch
die Lage der Befreiung, die ihnen Gleichheit und Frei-
heit verbürge, sondern auch durch Tausende von Meilen,
die sie von England trennen. Irland habe weder die
einen noch die anderen Garantien. Zudem sei es jetzt in
zwei künstliche Staaten geteilt, von denen jeder den Ein-
fluß des anderen untergrabe, und beide der militärischen
und wirtschaftlichen Kontrolle Englands unterworfen
seien. Irland müsse darauf bestehen, die maßgebenden
Entscheidungen vom irischen Standpunkt aus betrachten zu
dürfen. Allenfalls würde man einen neutralen unpartei-
lichen Schiedsrichter annehmen. Widerstand solle nur ge-
leistet werden, wenn England seinen Standpunkt mit Ge-
walt unterhalten wolle. Drohungen sollten indessen lieber
unterlassen, denn könnten durch keine Bedingungen be-
hinderte Bevollmächtigte zusammenzutreten, die sich zunächst
über einen leitenden Grundsatz für die Entscheidung zu
einigen hätten. Als solchen schlagen die Iren vor: Eine
Regierung mit Einwilligung der Regierten, eine Forder-
ung, die die Engländer immer als eine ausgesprochen
englische Auffassung geltend gemacht hätten. Sei man mit
dieser Grundfrage einverstanden, dann würde Irland so-
fort Bevollmächtigte ernennen.

Irland hält also offensichtlich an dem Willen fest, mit
England nur wie von Macht zu Macht zu verhandeln. In
einer früheren Rundgebung aus Dublin war bereits von
England als von einer „auswärtigen“ Macht die Rede,
was Lloyd George zwar sehr verschämte, einen Abbruch
der Verhandlungen aber trotzdem noch nicht herbeiführte.
Wird er auch jetzt noch den Forderungen der Iren weiter-
spinnen? Zunächst ist für Anfang dieser Woche auf einem
Schloß in Schottland eine Konferenz anberaumt wor-
den, an der der Kommandant der englischen Truppen in
Irland teilnehmen soll. Gleichzeitig beginnen die sozialen
Schwierigkeiten im Königreich sich mehr und mehr zuzun-
ehmen; man muß bereits in einem Vorort von London
3 B. zur Verhaftung zahlreicher Mitglieder der städtischen
Verwaltung schreiten, weil diese die Einziehung von Steuern
unter dem Vorwand, die örtlichen Steuerzahler seien
durch die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung erschöpft,
verweigert haben. Ein sorgloses Dasein ist also der
britischen Regierung im Augenblick ganz und gar nicht
beschieden. Aber der Freiheitskampf der Iren vertritt
offensichtlich keinerlei Verschleppung mehr. Lloyd George
wird sich entscheiden müssen, ob er es jetzt zum Äußersten
kommen lassen will — und kann!

Scharfe Kanzlerworte.

Eine neue Rede gegen die „Reaktion“.

Von einem Berliner Mitarbeiter wird uns geschrieben:
Als der Reichskanzler Dr. Wirth sein Amt antrat, be-
tonte er besonders, daß nun genug Reden gehalten worden
seien, und daß es jetzt darauf ankomme, zu Taten überzu-
gehen. Trotz dieser Äußerung hat jedoch gerade der jetzige
Kanzler seither eine überaus große Zahl von Reden und
Ansprachen zur allgemeinen großen politischen Diskussion
beigetragen, und man beobachtet bei ihm, daß er in lei-
gendem Maße die ausgesprochen parteipolitische Färbung
seiner Worte bevorzugt. Nun ist es zwar nichts neues,
daß ein deutscher Reichskanzler in seinen Reden eine ein-
zelne Partei sehr scharf ansieht, denn auch Bismarck ist
seinerzeit mit der Fortschrittspartei Eugen Richters ebenso-
wenig zart umgegangen wie später Bülow mit der Sozial-
demokratie. Nach der Revolution sind es wieder die so-
zialdemokratischen Kanzler gewesen, die den bürgerlichen
Parteien der Rechten oftmals den Fehdehandschuh hin-
geworfen haben. Ungeachtet ist es nur, daß Dr. Wirth
als der Angehörige einer bürgerlichen Partei andere
bürgerliche Parteien mit so heftigen Angriffen überschüttet,
wie sie selbst durch den Umstand, daß wir jetzt keine Obrig-
keitsregierung mehr, sondern eine von der Volksvertretung

gestelltes Kabinett, also eine Partei- oder doch eine auf
einige Parteien beschränkte Koalitionsregierung, haben,
nicht immer ausreichend begründet erscheinen. Offen-
bar befindet sich Dr. Wirth, ein Mann von leb-
haftem Temperament, infolge des schändlichen Mordes
an Erzberger, noch so sehr in innerer Erregung,
daß er den überparteilichen Standpunkt des Kanzleramtes
zuweilen über den Anschauungen des Parteiamtes ver-
gibt und damit vielleicht die Rechte des Kanzlers und
ausbleibt. Gerade jetzt sind alle besonnenen Politiker
darin einig, daß zwar mit kräftigen Maßnahmen die ge-
führte Ordnung und Ruhe des Staates gesichert werden
muß, daß aber im übrigen alles getan werden muß, um
die inneren Gegensätze auszuweichen und nicht noch weiter
zu verschärfen. Durch allzu heftige Worte von so hervor-
ragender Stelle aus scheint aber dieses Ziel nicht näher-
gerückt zu werden. Gerade wenn man mit dem Kanzler
wünscht, daß möglichst bald die Staatsautorität wieder in
unantastbarer Festigkeit hergestellt wird, und wenn man
anerkennt, daß mancher der Vorschläge und Meinungen
des Kanzlers ihre volle Berechtigung haben, muß man sich
fragen, ob es im Augenblick der politischen Zweckmäßigkeit
entspricht, so starke Worte zu gebrauchen. Man muß auch,
wie es der Kanzler seinerzeit selbst wünschte, im rechten
Augenblick zu handeln und zu — schweigen wissen. Der
Ton ist es, der die Musik macht — m.

Wir geben im folgenden die wichtigsten Stellen der
neuen Rede wieder, die der Kanzler in einer Zentrumers-
versammlung in Berlin hielt:

Nachdem jetzt die Schüsse gegen Erzberger gefallen sind,
darf das deutsche Volk nicht wieder ohne Führer bleiben.
Wir wollen auf dem Wege sein. Wo immer die Reaktion ihr
Haupt erhebt, wird das wertvolle Volk zur Stelle sein. Die
Aufgabe der heutigen Regierung muß es sein, die Quellen der
heutigen Reaktion zu verstopfen. Die Leute, die sich am
9. November in die Kämpfer verströmen ließen, müs-
sen jetzt die gegen sie errungenen Freiheiten zu poli-
tischen Verunglimpfungen. Mit dieser „Herrschaft“ muß
aufgehört werden. Die schlimmsten Fehler in Bayern sind
gar keine Bayern, sondern Rückschlüsse der Reaktion, die da
glauben, die Reaktion vom Norden nach Süddeutschland ver-
pflanzen zu können. Manche Leute glauben, daß die Monarchie
die Aussicht hat, wieder ausgerichtet zu werden, wenn irgend-
ein Prinz im Reichsamt Paradermarsch macht. Wer so agitiert,
der traut unserm armen Volk das Regieren die Einheit des
Vaterlandes und der Wirtschaft.

Ein neues Gesetz.

Der Kanzler kündigte dann die Absicht an, ein neues
Gesetz zum Schutze der Ehre der Politiker einzubringen.
Er sagte:

„Wir brauchen ein Gesetz — und ich will mich dafür
einsetzen, daß es schnell kommt — das die Ehre unseres
Mitsbürgers, die im politischen Kampfe stehen, schützt, genau
so wie das in England und anderen parlamentarisch re-
gierten Ländern schon längst der Fall ist. Kommt ein sol-
ches Gesetz nicht zustande, so wird sich in Deutschland kein
Mensch mehr finden, der unter solchen Verhältnissen poli-
tische Arbeit leistet.“

Dann verteidigte der Kanzler mit warmen Worten den
Biederbaumminister Dr. Rathenau, der ein ungeheures Ein-
kommen im Stich gelassen und am Tage seines Eintrittes in
die Regierung seine vielen gut bezahlten Aufsichtsratsposten
niedergelegt habe, um dem deutschen Volk und der deutschen
Republik zu dienen. Rathenau habe dem deutschen Volk schon
mehr genützt als die ganze Stadion-Gesellschaft zusammen.
Eine gleich niederträchtige Hetze sei auch gegen Erzberger ge-
trieben worden, aber es sei nicht gelungen, in den schwebenden
Steuerprozessen Erzberger Strafbares nachzuweisen. Der
Kanzler meinte, es würde gut stehen um unser deutsches Vater-
land, wenn alle ihre Steuererklärungen so gewissenhaft ab-
geben würden wie Erzberger. Der Reichskanzler richtete dann

scharfe Angriffe gegen das Großkapital.
Dieses habe die Zahlungen der Goldmark sehr erschwert,
indem es die Ablieferung der Debiten immer wieder ver-
zögerte. In den weiteren Ausführungen verteidigte dann der
Redner sein Programm und betonte er werde keinen Anwen-

bleibt von feiner Politik abgeben und sei bereit, gegen die Reaktion alle staatlichen Machtmittel einzusetzen.
Nach dem Kanzler berichtete noch der Abg. Pfeiffer einiges aus Erzbergers politischer Tätigkeit und erwähnte u. a., daß Hinderburg Ende 1918 dem Abg. Erzberger ausdrücklich für seine Tätigkeit beim Abschluß des Waffenstillstandes gedankt habe.

Schutz der politischen Ehre.

Das Beispiel Englands.

Bei der Anregung des Reichskanzlers, die Ehre derjenigen Personen, die sich im politischen Kampfe betätigen, durch ein besonderes Gesetz in erhöhtem Maße zu schützen, hat der Redner selbst auf das Beispiel Englands verwiesen. In der Tat besteht in der Art der juristischen Behandlung von Beleidigungen ein Unterschied zwischen England und Deutschland. Wenn bei uns jemand durch den Vorwurf, er habe irgend etwas Unzulässiges getan, in absichtlich kränkender Form verletzt wird, so wird der Angreifer zwar auch bestraft, wenn er seine Äußerung ohne sonstige Veranlassung nur in der Absicht, den anderen zu beleidigen, getan hat. Dagegen wird die einfache Behauptung, wenn sie sich als wahr nachweisen läßt, nicht bestraft. In England geht der Schutz erheblich weiter. Da dem Angreifer dort überhaupt nicht gestattet wird, den Wahrheitsbeweis bei Privatangelegenheiten des Beleidigten zu führen, sondern es tritt ohnedies Verurteilung ein. Eine Ausnahme bildet der Fall, daß der Beleidigte in Wahrnehmung sogenannter berechtigter Interessen gehandelt hat, und ferner der Fall, daß es sich um die Behauptung handelt, ein Beamter habe sich dienstliche Verschulden zuschulden kommen lassen.

Wie verkauert, schweben im Reichsjustizministerium schon seit längerer Zeit Erwägungen über eine Umarbeitung der politischen Paragrafen des Strafgesetzbuchs, die sich mit dem Schutz der Verfassung und der Repräsentanten der Souveränität beschäftigen. Sie sind in ihrer bestehenden Fassung noch auf die Monarchie eingeleitet und müssen naturgemäß umgestellt werden auf den Schutz der republikanischen Verfassung, auf den Schutz der Repräsentanten der Volkshoheit.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der deutsche Vertreter für Moskau.

Geheimrat Prof. Wiedfeld, der zum deutschen Vertreter bei der Sowjetregierung in Moskau ernannt worden ist, hat sich in Begleitung des Herrn Grad, des Sachverständigen für wirtschaftliche Fragen, nach Moskau begeben. Nunmehr sollen die diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetregierung offiziell eröffnet werden.

Ankündigung des Mieterschutzgesetzes.

Auf dem in Dresden abgehaltenen diesjährigen Bundestag der deutschen Mietervereine war bemerkenswert die Mitteilung des Vertreters des Reichsarbeitsministers, daß das geplante Mieterschutzgesetz dem Reichstage demnächst zugehen werde. Es werde den Grundsatz aussprechen, daß eine Verdrängung des Mieters durch den Vermieter nur aus einem wichtigen Grunde erfolgen dürfe. Auch die Regelung des Verfahrens vor den Mietvermittlungsämtern soll auf Grund der gemachten Erfahrungen neu erfolgen.

Deutsche Passgesetze für das Rheinland maßgebend.

Die Interalliierte Rheinlands-Kommission hat durch eine Verordnung die bisherige Bestimmung, wonach Angehörige anderer als an der Befehung teilnehmender Nationen und deutsche Staatsangehörige, die aus einem anderen Lande als aus Deutschland stammen, zur Einreise ins besetzte Gebiet eines von ihren heimischen Behörden ausgestellten Passes bedürfen, dahin ergänzt, daß von der heimischen Behörde ausgestellte Pass den Erfordernissen der deutschen Passgesetze zu entsprechen hat.

Kompromißpolitik.

Der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann trat in einer Rede in Raadebura für den Gedanken

ein, daß unter den augenblicklichen parlamentarischen Verhältnissen nur eine Kompromißpolitik, eine Politik der Mitte, möglich sei und daß es ganz falsch wäre, auf einen Block der Rechten hinzuarbeiten, der eine Spaltung des Volkes in zwei Teile herbeiführen müsse. Weiterhin forderte er, daß die Ausprägung von Banknoten nicht mehr ohne Genehmigung des Reichstages vor sich gehen dürfe. Zur Verfassungsfrage schloß er sich namens der Partei dem Bekenntnis Rath's an und sagte: „Wenn das deutsche Kaiserium zurückkomme, könne es nur kommen, berufen von der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes.“ Der deutsche Kaiser kann nicht der Kaiser einer Minderheit sein. Stresemann erklärte, daß er ebenso wie Rath Monarchist sei und bleibe, aber über dem Gedanken des Bekenntnisses zur Monarchie stehe der Gedanke, daß Volk und Vaterland nicht leiden dürften durch neue Bürgerkriege, die uns zerreißen und letzten Endes nur eine Tür öffnen würden für unsere Feinde.

Reichstreue der Rheinländer.

Bei dem Besuche des Reichswirtschaftsministers Schmidt in der Aachener Handelskammer erklärte der Präsident, die von einzelnen Personen ausgehenden Bestrebungen, die auf eine Loslösung vom Reiche gerichtet seien, fänden hier keine Unterstützung. Vielmehr sei alles davon überzeugt, daß auch unter dem schwersten Druck das Festhalten am Reiche in allen Bevölkerungskreisen Widerhall finde. Die gleiche Erklärung wurde von dem Vertreter der Gewerkschaften abgegeben, den der Minister empfing. Der Minister betonte, daß er mit Freunden von den Kundgebungen der Treue zum Vaterland seitens der Arbeiter wie auch der Arbeitgebererschaft Kenntnis nehme.

Das Ausgleichsverfahren für Auslandsdeutsche.

Bereits früher wurde darauf hingewiesen, daß nach einem vor kurzem getroffenen Abkommen Forderungen im zwischenstaatlichen Ausgleichsverfahren bis zum 30. September 1921 geltend gemacht werden können. Damit ist denjenigen deutschen Gläubigern, welche aus irgend einem Grunde veräußert haben, ihre Ausgleichsforderungen rechtzeitig anzumelden, Gelegenheit gegeben, das Veräußerte noch nachzuholen. Eine Geltendmachung von Ausgleichsforderungen nach dem 30. September 1921 dürfte ausgeschlossen sein. Es liegt daher im dringendsten Interesse aller Gläubiger, nunmehr rechtzeitig ihre Anmeldungen zu bewirken.

Falsche Meldungen zum Zwecke von Börsenmanövern.

Das englische Blatt „Daily Mail“ veröffentlichte die Behauptung, im deutschen Reichsfinanzministerium werde gegenwärtig eine Denkschrift ausgearbeitet, die beweisen solle, daß Deutschland keine weiteren Reparationszahlungen mehr leisten könne. Diese Meldung, die auch in deutschen Zeitungen Aufnahme gefunden hat, entbehrt nach amtlichen Feststellungen jeder Begründung. Sie ist geeignet, Deutschland aufs schwerste zu schädigen und hat vermutlich die Bestimmung, irgendwelchen dunklen Börsenmanövern zu dienen.

Holland.

× Erleichterungen für Ausländer in Passangelegenheiten. Die Regierung gibt bekannt, daß im überseeischen Transitverkehr die Angehörigen aller europäischen Länder mit Ausnahme Australiens und seiner Nachfolgestaaten ohne niederländisches Passivum (Schwermetz) in den Niederlanden zugelassen sind, vorausgesetzt, daß ihr Reisepaß mit einem gültigen Einreisevisum des Bestimmungslandes versehen ist. Die Reisenden können sich bis zu acht Tagen in den Niederlanden aufhalten. Falls sie aber diesen Termin überschreiten, können sie ausgewiesen werden. Neben dieser neuen Verfügung bleiben die Bedingungen in Kraft, unter welchen Ein- und Auswanderer jeglicher Staatsangehörigkeit ohne niederländisches Passivum zur Reise durch die Niederlande zugelassen werden.

Spanien.

× Vor einer Revolution? Von der französisch-spanischen Grenze wird gemeldet, daß mit dem Ausbruch einer Revolution in Madrid zu rechnen sei. Allenthalben im Lande mache sich die größte Unzufriedenheit mit den militärischen Maßnahmen gegenüber den Marokkanern geltend. Überall würden revolutionäre Umstände verankert. Be-

sondere Unzufriedenheit erregt eine Mitteilung der Regierung, daß verstärkte Rekrutierungen in Aussicht genommen seien. Sollte Wehrkraft fehlen, so gebe es kein Mittel, um den Ausbruch der Revolution zu verhindern. Der republikanische Geist in Spanien sei kaum mehr zu bändigen, und es sei zu befürchten, daß König Alfonso so seinen Thron verliere.

Frankreich.

× Wieder einmal die deutschen „Kriegsverbrecher“. Gewaltige Worte ließ abermals der französische Justizminister Bonnevay bei einer öffentlichen Kriegerfeier hören, indem er auf die Kriegsverbrecherprozesse vor dem Leipziger Reichsgericht zu sprechen kam, insbesondere diejenigen gegen den General Stenger und den Major Crufius. Er sagte: „Frankreich hat jetzt kein Interesse mehr daran, was in Leipzig beschlossen oder nicht gerichtet werden wird. Aber es wird die Suche nach den Schuldigen und ihren Verbrechen nicht aufgeben. Es wird nicht fremden oder internationalen Gerichtshöfen die Sorge anvertrauen, sie zu richten. Es gibt Richter in Frankreich.“ — Das Vertrauen in die Unparteilichkeit der französischen Richter ist seit den Tagen des Dreyfusprozesses nicht mehr so stark in der Welt, als daß man den Großsprecherien eines chauvinistischen französischen Justizministers größeren Wert zubilligen würde.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die nächste Sitzung des Reichswirtschaftsrates ist auf den 12. September einberufen worden.

Berlin. Der Jahresbericht der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Mehrheitssozialdemokratie) teilt mit, daß die Mitgliederzahl um 40 851 zugenommen hat und die Gesamtmitgliederzahl jetzt 1 221 000 beträgt. Bei Kriegsausbruch verzehnte die Partei 1 055 905 Mitglieder, vor Ausbruch der Revolution 243 061.

Wien. Die Staatsbeamten und Staatsbediensteten haben wegen der Verzögerung neuer erheblicher Forderungen der Regierung überreicht, deren Erfüllung eine Mehrausgabe von 18 Milliarden Kronen jährlich betragen würde.

Paris. Es wird gemeldet, Abessinier hätten die Grenze Britisch-Ostafrika überschritten und die britischen Truppen gezwungen, sich zurückzuziehen.

London. Der „Exchange Telegraph“ erhielt ein Telegramm aus Newyork, das behauptet, daß unter den Eingeborenen mehrerer Provinzen der Philippinen Unruhen ausgebrochen sind.

London. Das Oberste Gericht verfügte wegen der bekannten Steuerverweigerung in den Arbeitervierteln die Verhaftung von 30 Gemeinderatsmitgliedern. 18 sind bereits verhaftet.

Achtet die Uniform!

Eine Regierungskundgebung für die Wehrmacht.

Berlin, 5. September.

Der Reichspräsident hat eine Kundgebung für die Wehrmacht des Reiches erlassen, in der es heißt:

Die politische Erregung der letzten Zeit hat bedauerlicherweise dazu geführt, daß in verschiedenen Fällen Angehörige der Wehrmacht in den Straßen ohne jeden Grund angegriffen, beleidigt und sogar mißhandelt worden sind. Derartige bedauerliche Ausschreitungen finden nur dadurch ihre Erklärung, daß die Uniform in den politischen Streit der Parteien hineingezogen wurde. Die Reichsregierung ist entschlossen, diesem Zustand ein Ende zu machen. Es ist für die Zukunft jeder Mißbrauch der Uniform verhindert.

Die Regierung muß daher von allen Kreisen des Volkes und allen Parteien verlangen, sie in ihrem Bestreben, der Wehrmacht des Reiches die gebotene Achtung und Geltung zu sichern, zu unterstützen. Der Soldat ist der Bürger im Waffenrock, der Vertreter der verfassungsmäßigen Wehrmacht des Reiches. Ihn als solchen zu achten, ist ein Gebot der Selbstachtung des Volkes. Die Autorität des Staats macht es der Reichsregierung zur Pflicht, Ausschreitungen gegen die Wehrmacht des Reiches und Angriffe gegen ihre Angehörigen mit den ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zu begegnen.

21] Das Tor des Lebens.

Roman von Anny Wothe.

Copyright 1910 by Anny Wothe, Leipzig.

„Es ist das alte, uralte Lied,“ murmelte Gerhard Wendheim, „das Lied, das die See dort oben auf hohen Felsen seit Jahrhunderten singt, das Lied von der Sehnsucht nach Liebe.“

Mirjam lachte hell auf. Sie hatte plötzlich ihre Sicherheit wiedergefunden.

„Sie vergessen, Herr Professor, daß die schöne Heye da oben mit diesem Lied, das so süß klingt, nur die Schiffer hören wollte; sie selber lachte dazu, die sie selbst die Liebe nicht kannte.“

„Wie die Sehnsucht auch sie erfaßte,“ ergänzte der Professor, „und die schöne Goldhaarige, von der Liebe bezwungen, sich in den Strom stürzte, dem Schiffer entgegen, der Tag und Nacht die Arme verlangend nach der Zauberin ausstreckte, die seine Seele in Fesseln hielt.“

„Es war ein sehr törichter Knabe, dieser Schiffer, Herr Professor.“

„Er glaubte eben noch an die alte Sage, daß im Lurleberge der Ribelungenhort verzaubert läge. Wer ihn nicht besaß, den zehrte der Reid.“

„Und wer ihn hatte, den zehrte die Sorge,“ ergänzte Mirjam bitter. „In dem Lurleberge ist das Feuer des Ribelungenhortes längst verlöscht. Niemand hütet mehr das heilige Feuer, nachdem der Fluß des graubraunen Alberich sich erfüllte. Sehen Sie nur, wie der Strom wild dahinstürzt, über die verborgenen Klippen, die da unten tödlich emporkragen. In diesem Gewirr, in diesem Gebrause erstirbt selbst das Sehnsuchtslied der goldhaarigen Heye. Vergessen wir das Zauberlied, Herr Professor. Da schwimmern schon die Lichter von St. Goar, und dort über St. Goarshausen ragt auch die feste Ragenellenbogen auf. Hier bin ich am Ziel.“

„Wie, Sie fahren nicht bis nach Bonn?“

Mirjam lächelte wieder.

Klopfte es nicht wie Angst in seiner Stimme?

„Nein, das würde mir doch zu spät werden. Ich rastete in St. Goar bei einer Freundin, denn vor Mitternacht würden wir kaum Bonn erreichen. Es war heute einer von den selten schönen Herbsttagen, die ich gern zu kleinen Rheinfahrten aussersehe, an deren Erinnerung ich zehre, wenn der Winter kommt. Leben Sie wohl, Herr Professor.“

Sie neigte flüchtig den Kopf. Ihr leichter Schleier wehte im Winde.

Gerhard stand mit abgezogenem Hut.

Die Koble war ihm plötzlich wie zugeschnürt. Er wollte Mirjam noch ein Abschiedswort sagen, aber er brachte es nicht über die Lippen.

Noch eine stumme Verbeugung, und Mirjam schritt über die Schiffstreppe, ohne den Blick zu wenden.

Was hatte er ihr eigentlich noch sagen wollen?

Nichts! Was ging ihn überhaupt dieses leerenlose, kalte Geschöpf an, das mit bezauberndem Lachen und flimmernden Augen die Herzen betörte?

Er hatte die Sache abgetan, ehe er nach Bonn kam, vollständig, denn er hatte längst einleben gelernt, daß in dem Felsenherzen dieser Lurlei kein verborgener Schatz zu heben war.

Ihn fröstelte, als er jetzt allein in die Sternennacht hinausfuhr, umgibt von bläulichem Mondenlicht, das überallhin sein Silber streute. Wie Goldfunken schossen die Sterne durch die Frühherbstnacht.

Er sah sie fallen und verlöschen.

Als er lange nach Mitternacht in Bonn ankam, war es ihm, als sei er lange durch tieflies Dunkel gegangen, ohne Licht, ohne Schein.

Sie hatte recht, das Mädchen mit dem süßen und doch so kleinen Munde. Der Ribelungenhort versank tief unten in des Rheines Fluß. Wilde Wasser draußen darüber hin.

Er konnte den Schatz nicht heben, und — er wollte es auch nicht!

Die Vergangenheit sollte tot sein.

Eine dunkle Pforte, die sich nie wieder aufließt, hinter deren schwarzen, zentnerschweren Flügeln ein vernichtetes Menschenleben lag.

Wann würde es ihm gelingen, endlich einen Riegel vor diese Pforte zu schieben?

Dieser Abend auf den Rheinwellen hatte ihm wieder zum Bewußtsein gebracht, wie schwer das war.

Dort, wo die Rheinwellen zwischen den Nebenbügeln lustig dahingleiten, liegt auf halber Höhe eines wettergrauen Felsens, den eine alte Feste krönt, das Kloster der heiligen Anna.

Still und verträumt lag es aus dem roten und gelben Herbstlaub, das wild und üppig die alten Mauern überrannt. An der Pforte steht eine blasse, noch jugendliche Frau in schwarzer Kleidung und zieht die Glode.

Schlürfende Schritte nahen sich bedächtig, und das runzelvolle Gesicht einer Kloster Schwester fragt nach der Fremden Begehr.

„Wollen Sie, bitte, der Frau Oberin diese Karte geben?“ bittet die junge Frau.

„Die Frau Oberin empfängt heute keine Besuche. Ich beehre unendlich. Wir haben Besuch im Kloster. Die ehrwürdige Aebtissin unseres Schwesternhauses in Würzburg ist im Kloster zu Gast, und da glaube ich kaum, daß die hochwürdige Frau Oberin imstande ist, Besuch zu empfangen.“

„Wollen Sie es nicht doch einmal versuchen?“ fragte die Stimme der Fremden sanft. „Ich möchte so gerne noch heute die Frau Oberin sprechen und ihren Rat erbitten.“

Prüfend slogen die Augen der Klosterfrau über die leidvollen Züge der vor ihr Stehenden.

„Eine, die der Hilfe bedarf,“ ging es ihr durch den Sinn. Dann bat sie die Fremde, in den Garten zu treten.

Ihr Blick haftete forschend auf der Karte: „Heinrike von Eichenbach geb. Gehrman,“ las sie.

Sieh nicht so der reiche Amerikaner, der da drüben über dem Rhein die stolze, neue Villa gebaut?

Wie ein kleines Schloß nahm sie sich aus. Die Pförtnerin hatte es entstehen sehen, wenn sie des Abends von ihrer Zelle über den dämmern Rhein sah.

Heinrike schritt langsam durch den Klostergarten. Welch eine köstliche Stille, welcher Frieden!

Hin und her sah sie durch das rote Herbstlaub die weißen Schleier der Nonnen wehen.

Der gewölbte, aus rotem Sandstein gebaute Kreuzgang nahm sie auf, und dann stand sie in dem Sprechzimmer der Oberin mit auf einmal laut klopfendem Herzen.

Der Kreuzgang da an der Wand aber sah so verheißend zu ihr hernieder, daß sie ob ihrer törichten Zucht schon wieder lächelte.

Da trat die Oberin mit schnellem Schritt in das Gemach, und die schöne Goldhaarige, von der Liebe bezwungen, Sie mochte fünfzig Jahre zählen. In ihrem Antlitz lag eine Welt von Güte, und in den großen, hellen Augen schimmerte etwas wie Kindermärchenglaube.

„Wie freue ich mich, liebe, gnädige Frau,“ nahm sie das Wort, ihrer Besucherin die Hand reichend, „daß Sie nun doch gekommen sind. Die Schwester Pförtnerin sagte mir, sie sei nicht daran gewesen, Sie abzuweisen.“

Die Hilfsaktion für Rußland.

Kaufens Aktionkreis.

London, 5. September.

Kaufens setzte in einer Besprechung mit den Vertretern des englischen Hilfskomitees für die russische Hungersnot die Einzelheiten seines Abkommens mit der Sowjetregierung auseinander, ebenso die Pläne, die er als vom Roten Kreuz in Genf ernannter Direktor des russischen Hilfswerkes ausgearbeitet hat. Die Sowjets haben Kaufens alle Vorrechte und Sicherheiten angeboten, die sie Hoover gewährt haben, außerdem weitere Sicherheiten, die für einen glatten Verlauf der Unterstützungsarbeiten von noch größerer Bedeutung sind. Kaufens und Hoover werden verschiedene Methoden befolgen, weil Hoover sich auf die Aufgabe beschränken will, in gewissen Zentren die Kinder zu ernähren, während Kaufens sich mit den Bedingungen der Hungersnot als einem Ganzen beschäftigen wird, inbegriffen die Beschaffung von Nahrungsmitteln, Sämereien und Arzneien. Kaufens muß daher in weitestgehendem Maße durch Vermittlung der örtlichen russischen Behörden arbeiten. Die Sowjets haben den Grundsatz der Beaufsichtigung durch Kaufens' Vertreter voll anerkannt.

Welt- und Volkswirtschaft.

Wieviel sind 100 Mark wert?

An den nachstehenden ausländischen Börsenplätzen wird gegenwärtig für 100 deutsche Mark gezahlt:

Platz	Währung	Letzter Kurs	Vorletzter Kurs	Kurs vom 1. 7. 1914
Amsterdam	Gulden	8,47	8,57	58,82
Kopenhagen	Kronen	9,31	9,44	88,88
Oslo	Kronen	91,69	93,88	—
Wien	Kronen	978,47	959,69	117,64
Berlin	Frank	—	6,61	126,00
Paris	Frank	14,32	14,56	126,00
London	Schilling	5,87	6,06	100,00
Rom	Lira	25,23	25,36	126,00
Memont	Dollar	1,09	1,12	23,81

Danach war also die Mark in Werten ungefähr wert in Holland 6,8; Italien 22,0; England 8,5; Amerika 4,9; Frankreich 12,2. * Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 5. d. bis 11. 9. d. Z. zum Preise von 340 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 170 Mark für ein Zehnmarkstück. Für 1 Kilogramm Feingold zahlt die Reichsbank 47.600 Mark und für die ausländischen Goldmünzen entsprechende Preise.

Nah und Fern.

○ Schweres Bootsunfall bei Berlin. Auf dem Harnsdorfer See bei Berlin machten der Kaufmann Jbde aus Weidmannslust, seine Frau und deren fünfjähriges Töchterchen eine Bootsfahrt. Aufstehend beim Wechseln der Plätze kenterte das Boot und die Insassen fielen ins Wasser. Jbde wurde gerettet, Frau und Kind gingen unter und ertranken.

○ Eisenbahnunglück in Westfalen. Auf dem Bahnhof Hjerlohn fuhr der Personenzug 888 von Schwerte nach Hjerlohn dem Personenzug 1317 von Lemnath nach Hjerlohn in die Fronte. Vier Personen sind getötet, eine Person schwer und zwanzig leicht verletzt. Von den vier Getöteten sind festgestellt: Karl Breuer aus Reimermarkt bei Hennen, August Böing aus Bidersfeld bei Hörde, Wilhelm Honert aus Leddingen bei Hjerlohn. Vier Personenwagen sind beschädigt. Der Betrieb konnte nach kurzer Unterbrechung wieder im vollen Umfange aufgenommen werden. Die Untersuchung ist eingeleitet.

○ Beschlagnahme von Goldtransport. In dem durch Serbien nach Paris fahrenden Orientzug entdeckten Kontrollbeamte auf dem Semliner Bahnhof im Schlafwagen eine Kiste mit Gold, die 64 Kilogramm dieses Metalls enthielt. Das Gold war nach Frankreich bestimmt. In demselben Zuge wurde in Kram wieder eine Kiste mit Gold entdeckt. Die in die Affäre verwickelten Personen wurden verhaftet.

Neueste Meldungen.

Eine Farben-Anfrage an die Reichsregierung. Berlin. Eine Anzahl von Abgeordneten hat an die Reichsregierung folgende Anfrage gerichtet: „Durch die Presse geht die Nachricht, daß der Schriftsteller Maximilian Harden im amtlichen Auftrage der deutschen Regierung nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika reise. Ist die Regierung in der Lage, zu erklären, daß sie der Bitte des Schriftstellers Maximilian Harden und seinen Auforderungen völlig fernstehe?“

Beseitigung der unehelichen Kinder.

Berlin. Das Reichsjustizministerium legt Wert darauf, gegenüber verschiedenen nicht korrekten Meldungen festzustellen, daß nach der Erklärung des Referenten des Ministeriums in der Sitzung des Reichstages vom 1. Juli nicht ein Gesetz zu erwarten ist über die Gleichstellung der unehelichen mit den ehelichen Kindern, sondern ein Gesetz, das die rechtliche Beseitigung der unehelichen Kinder vorsieht.

Politische Erregung in Herford.

Herford. Angehörige des ehemaligen Infanterieregiments 15 und 55 hatten Sonntag hier eine Fahnenweihe gegen den Krieg von Kriegsschädigten und freien Gewerkschaften stattfinden. Die Parteien beider Richtungen hatten in letzter Stunde Wadungen getroffen, daß die beiden Züge friedlich durch die Stadt marschieren sollten. Trotzdem kam es zu Zusammenstößen, als die Züge sich begegneten. Fahnenweihe und Feldgottesdienst fanden nicht statt, weitere Unruhen wurden durch Verstärkung der Schutzpolizei verhindert.

Ernennung eines polnischen Gesandten für Berlin.

Warschau. Dr. Georg Wabeski ist zum außerordentlichen polnischen bevollmächtigten Minister und Geschäftsträger in Berlin ernannt worden. Er wird sich dieser Tage von Warschau auf seinen neuen Posten begeben.

Ein Vortrag Admirals Scheer verboten.

Konstanz. Der Reichsminister des Innern hat im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung einen Vortrag des Admirals a. D. Scheer über die Seeschlacht am Stageral gemäß der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten verboten. Das Verbot ist ergangen, nachdem die freien Gewerkschaften und die Arbeiterorganisationen von Konstanz angekündigt hatten, daß sie den Vortrag des Admirals Scheer wenn nötig, unter Anwendung aller Mittel verhindern würden.

Der Aufstand der amerikanischen Bergarbeiter unterdrückt. New York. Die Federal-Truppen haben den Aufstand der Bergarbeiter von Ringe unterdrückt. Drei Infanteriebataillone gingen gegen die Arbeiter konzentrisch in mehreren Lagen vor und umzingelten so die mehrere Hunderte zählenden Streikenden, die schließlich die Waffen strecken mußten. Die anderen Arbeiter ergriffen bei Annäherung der Truppen die Flucht.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Bayern und das Reich.

München, 6. Sept. (tu.) Die Morgenblätter melden übereinstimmend, daß in Regierungskreisen die Lage als sehr ernst angesehen werde. Die München-Augsburger Abendzeitung hört, daß die bayerische Staatsregierung nach wie vor den Standpunkt der staatlichen Selbständigkeit Bayerns vertrete und sich gegen Eingriffe der Reichsregierung in ihre Erziehungswelt verwahren werde. Der Bayerische Kurier wendet sich besonders gegen den Plan einer Auflösung Bayerns und erklärt, die Einigkeit der beiden sozialistischen Parteien sei also endlich hergestellt, um der Reichsregierung zu helfen, Bayerns Selbständigkeit endgültig umzusetzen. Die München-Augsburger Abendzeitung schreibt u. a.: „Wir lassen uns in Bayern nicht hohelohieren, wir lassen uns nicht den letzten Rest unserer staatlichen Hoheit nehmen, das hieße, sich in die zweite Revolution hineinbringen lassen.“

Frankreich erkennt das Finanzabkommen nicht an.

Paris, 6. Sept. (tu.) Aus London wird dem Journal gemeldet, daß die französische Regierung der englischen Regierung auf amtlichem Wege mitgeteilt habe, daß sie das von der interalliierten Finanzkommission abgeschlossene Abkommen nicht anerkennen werde.

Zusammenbruch des indischen Aufstandes?

London, 6. Sept. (tu.) Die Verhaftung der Führer der Aufständischen Revolte soll nach Telegrammen aus Indien das Zeichen für den endgültigen Zusammenbruch des Aufstandes sein.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 6. September.

— Ministerpräsident Bud über die politische Lage in Berganpenheit und Gegenwart. In einer politischen Versammlung in Bischofswerda betonte sich Ministerpräsident Bud zunächst nochmals zu einer stufenweisen, organischen Durchführung der Sozialisierung und betonte bezüglich des Erlasses des Reichspräsidenten über Maßnahmen zum Schutze der Republik, daß es Phantasten gebe, die glaubten, durch einen Revancheheld die Lasten des Versailles-Friedens abschütteln zu können. Aus diesem Grunde müßten die Reichsregierung und die Regierungen der Länder leider Maßnahmen treffen, um Unheil zu verhüten. Keine Regierung, wie sie auch zusammengesetzt sei, könne uns von den uns auferlegten Verpflichtungen befreien. Diese gewaltigen Verpflichtungen könne keine Macht der Erde hinwegjaubern, auch keine Monarchie. Im Gegenteil, die Republik biete die Gewähr dafür, daß die Erfüllung der Verpflichtungen rascher von statten gebe, als in einer anderen Staatsform. Vermerksenswert aus Buds Ausführungen ist weiter, daß uns der Rücktransport eines einzigen deutschen Kriegsgefangenen aus dem ostfälischen Ruhland über 40.000 M. kostet, und daß der sächsische Staatshaushalt nach vorläufiger Aufstellung mit einem Fehlbetrag von 348 Millionen Mark abschließt. Das Reichseinkommensteuergesetz bezeichnete er als das gerechteste Steuergesetz, das er als Arbeitervertreter bisher kennen gelernt habe; gerecht sei es vor allem durch seine Progression. Ein sächsischer Minister beziehe z. B. mit allen Steuerzulagen zurzeit 76.500 M., davon habe er 21.300 M. Reichseinkommensteuer zu bezahlen. Bei 1 Million Einnahmen hat, muß 551.000 M. Einkommensteuer bezahlen. Trotz der geplanten weiteren Erhöhung der direkten und indirekten Steuern werde man mit Steuern allein nicht durchkommen, es müsse der Versuch gemacht werden, daß Reich und Staat sich an den verbenden Anlagen mit beteiligen. Die Erbschaftsteuerpolitik sei dem System nach richtig gewesen, die Beseitigung der bisherigen Steuererhebung habe aber gewisse Schwierigkeiten ergeben. Wenn wir unsere Verpflichtungen nicht erfüllen, so steht Stebe zu befürchten, daß wir auch finanziell unter die Diktatur der Segner kommen.

— Einberufung des Landtagsprekursorschusses. Präsident Fröhdorf hat auf Antrag der Deutschen Volkspartei den Zwischenausschuß des Landtages zum 12. September einberufen. Er soll über die Versammlungsverbote in Sachsen beraten.

— Einem geriebenen Spießbuben wurde dieser Tage im benachbarten Klipphausen das lichte Lebens Handwerk gelegt. Schon seit Jahren wurde von den Landwirten und besonders im Rittergute die Wahrnehmung gemacht, daß Getreide, Werkzeug, Hebervieh, kurz alles, was mitzunehmen sei verlohnte, spurlos verschwand. Die Hausuchungen bei unschuldig Verdächtigen waren immer ohne Erfolg, der wirkliche Spießbube war nie in Verhaft gekommen. Seit im Frühjahr an die Ernte im Rittergute wieder gedroschen wurde, verschwand abermals regelmäßig das unter der Maschine liegende Getreide auf rätselhaft Weise. Am endlich Licht in die Angelegenheit zu bringen, legten sich vier handfeste Männer nachts auf die Lauer und wie vermutet, lo geschah es, mit 3 leeren Säcken ausgerüstet verschloßte sich ein Mann Eingang in die Scheune und begann die Säcke zu füllen. Er scheint aber seiner Sache doch nicht ganz sicher gewesen zu sein, denn er hielt plötzlich inne und leuchtete mit einer elektrischen Taschenlampe den Raum ab, wo er auf die Männer fiel, die ihn nun gebührend in Empfang nahmen. Beim Transport zum Besitzer benahm er sich äußerst gewalttätig und versuchte mehrmals zu fliehen. Er wurde als der Hausbesitzer und Militärsoldat Schulze festgestellt, der am Tage mitleiderregend an 1 oder 2 Stellen durchs Dorf humpelte und in der Nacht sich auf seine Kraft und Stärke befand und Zentnersäcke voll Getreide ohne Bezahlung in seine Vorratskammern schaffte, die nun durch den Gendarmerieoberwachmeister einer eingehenden Besichtigung unterzogen wurden. Und da fand man denn von allem, was das Herz begehrt: Getreide in Menge, ausgedroschen und in Garben, von denen man annimmt, daß sie noch aus dem Vorjahre stammen, Flachs, Erbsen, Werkzeug, Geräte usw. im Werte von weit über 6000 M., außerdem ein Militäreffektenlager, das 20 neue wollene Decken, 5 neue Mäntel, Röcke, Hosen, Leinwände, Strümpfe und verschiedene andere im Werte von mehr als 8500 M. enthielt. Der Spießbube stellt sich bisher vernehmungsunfähig; er wurde nach dem hiesigen Krankenhaus gebracht, wo er weiter simuliert.

— Sächsische Soldaten von französischen Kriegsgerichten hart bestraft. Das Kriegsgericht von Lille hat folgende Urteile gefällt: 20 Jahre Zwangsarbeit gegen den Kommandanten Krug v. Ribba von der 24. sächsischen Infanterie-Division und den Leutnant Ritter vom 18. Wänon-Regiment wegen angeblicher Mißhandlung des Bürgermeisters von Landesared. Außerdem erhielten Leutnant Vigner wegen angeblicher Vandalierung einer Villa in Larvis 20 Jahre Zwangsarbeit, der Militärjurist Buchholz 12 Jahre Zwangsarbeit und ein (?) Polizeiverwalter in Raubeuge 2 Jahre Zwangsarbeit. Des weiteren wurden mehrere Unteroffiziere wegen angeblichen Diebstahls verurteilt.

— Beseitigung der Kriegsdienstzeit. Die Anrechnung der Kriegsdienstzeit wird nunmehr in der Angestelltenversicherung

beschleunigt durchgeführt. Der Angestellte braucht die Militärpapiere an die Reichsversicherung nicht einzuliefern, sondern läßt sich aus dem ihm übersandten Kontoauszug-Antrags-Vordruck die anrechnungsfähige Zeit unter Vorlage der Papiere von einer öffentlichen Behörde seines Wohnortes bescheinigen, am besten von der zuständigen Ausgabestelle der Angestelltenversicherung oder von der Polizeibehörde. Die Versorgungsämter jedoch stellen derartige Bescheinigungen nicht aus. Ist ein Angestellter überhaupt noch nicht im Besitze eines Ausweises über die Dauer seines Heeresdienstes, so kann er ihn nach Auflösung der Abwicklungsstellen nur noch von der zuständigen Reichsarchiv-Zweigstelle, bei welcher die Stammtrollen aufbewahrt sind, erhalten. Eine Inanspruchnahme der Versorgungsämter hierfür ist zwecklos.

— Was ist aus den vertriebenen Missionaren geworden? Bei Ausbruch des Krieges standen im Dienste der evangelisch-lutherischen Mission zu Leipzig 58 aktive Missionare. Von ihnen sind augenblicklich nur noch zwei auf einem überseeischen Arbeitsfeld, alle anderen sind vertrieben. Von den 51 aus ihrer eigentlichen Arbeit herausgebrängten sind 21 in ständige kirchliche Aemter, 18 in Aemter der Heimat übergegangen, 9 fielen in der heimatischen Arbeit, 3 sind verstorben. Einer, Lic. theol. Schomerus, übernahm am 1. November 1920 eine Dozentur für Religionswissenschaft an der Universität Kiel. Die Missionschweizer sind in ihre Mutterhäuser zurückgekehrt. So ist durch den Haß unserer Feinde ein blühendes und gesegnetes Werk vorläufig zerstört.

— Die Einwirkung der Trockenheit auf den sächsischen Viehbestand. Der sächsische Landwirtschaftsrat hat eine amtliche Umfrage unter den sächsischen Landwirten über die Wirkung der langanhaltenden Trockenheit auf die Ernte und auf die Viehwirtschaft veranlaßt, deren Ergebnis eine besondere nachteilige Einwirkung auf unsere sächsischen Viehbestände erkennen läßt. Aus der Kreishauptmannschaft Bautzen wird gemeldet, daß das Vieh schon jetzt in größerem Umfange abgetöten werden mußte und daß dies noch mehr für den Winter zu befürchten ist, weil die eingebrachte Raubfuttermenge zum Durchhalten des Viehes bei weitem nicht ausreicht. In der Kreishauptmannschaft Dresden hat sich der Viehbestand auf gleicher Höhe erhalten, an einigen Stellen jedoch mußte wegen Futtermangels Abgabe von Vieh erfolgen. In der Kreishauptmannschaft Leipzig hat bisher Vieh nur in geringem Umfange abgetöten werden müssen. Eine Steigerung befürchtet man hier auch für die kommende Zeit nicht. In der Kreishauptmannschaft Chemnitz sind Viehverkäufe bereits überall erfolgt und in besonders erheblichem Maße in den Amtshauptmannschaften Annaberg und Marienberg. Der Futtermangel läßt überall weitere Verkäufe befürchten. In der Kreishauptmannschaft Zwickau haben Viehverkäufe wegen der Futtermangel, in sämtlichen Amtshauptmannschaften in erheblichem Maße erfolgen müssen, am härtesten sind Schwarzenberg, Delitzsch und Werdau daran beteiligt. Darüber hinaus werden in allen Bezirken dieser Kreishauptmannschaft weitere Verkäufe in erheblichem Maße erfolgen müssen.

— Keine Anordnungen für den Fernsprecheverkehr. Vom 1. Oktober ab wird in allen Ortsfernsprechkreisen mit mehr als 1000 Hauptanschlüssen ununterbrochener Dienst eingerichtet. In der in diesen Kreisen nach dem Fernsprechegebietsgesetz zu entrichtenden Grundgebühr ist ein Zuschlag von 20 Mark mit enthalten, der die Kosten für die Durchführung des Nachtendienstes deckt. Während der Nachtzeit werden künftig im Ortsverkehr nicht mehr erhöhte Gebühren, sondern die gleichen Gebühren wie am Tage erhoben. Auch in kleineren Kreisen kann auf Antrag der Teilnehmer verlängert oder ununterbrochener Dienst eingerichtet werden, wenn die Antragsteller sich zur Dedung der Kosten verpflichten. Nach der neuen Fernsprecheordnung ist die Telegraphenverwaltung künftig berechtigt, Ortsgespräche nach einer Dauer von 15 Minuten durch Trennung der Verbindung zu beenden, wenn der Betrieb es erfordert. Durch diese Maßnahme soll dem auch in der Presse schon vielfach beklagten Überstande gesteuert werden, daß Fernsprecheinnehmer zum Nachteil des allgemeinen Verkehrs die Verbindungsleitungen über Gebühr für Plaudereien und ähnliche Zwecke benutzen.

— Flugpostverbindung Dresden—Leipzig—Magdeburg—Hamburg. Der zunächst für die Zeit der Leipziger Herbstmesse (28. August bis 3. September) vorgesehene Flugplan bleibt bis auf weiteres bestehen. Danach erfolgt der Abflug von Dresden am 12. Uhr vormittags. Die Schlusszeit für die mit dieser Gelegenheit zu besördernden Sendungen tritt bei den Postämtern Dresden-A. 1 (Postplatz) und Dresden-N. 6 (König-Albert-Straße) um 10.50 Uhr vormittags ein.

— Der Löwe ist los! Am Sonntag nachmittag erscholl im Zoologischen Garten zu Dresden plöglich der Ruf: „Der Löwe ist los!“ Der vielen Beluher, die im Garten weilten, bemächtigte sich eine Panik. Hals über Kopf, über Tische und Stühle, durch Fenster usw. suchte alles aus dem Garten zu gelangen, um dem gefährlichen Löwen zu entfliehen. Man nahm allgemein an, daß es sich um einen der Hagenbedeckten Löwen handelte, die gegenwärtig im Zoologischen Garten im Verein mit einer Malabarentruppe Vorstellungen geben. Das ganze Schauspiel war aber nichts weiter als ein Trid gewissermaßen und raffinierter Taschenspiele, die bei dem allgemeinen Durchelnander und dem allerorts herrschenden Drängen und Stoßen natürlich leichte Arbeit hatten. Bereits sind viele Portemonnaies, Damentaschen, Uhren und Ketten als „verloren“ gemeldet. Bei der halligen Flucht haben sich verschiedene Personen durch Stürze und Glassplitter erheblich verletzt.

— Auch der Hoppgarten-Konzern zahlungsunfähig. Am Sonnabend fand im „Westsächsischen Hof“ in Dresden eine Gläubigerversammlung des Hoppgarten-Konzerns statt, der in die Reihe der zahlungsunfähigen Konzerne getreten ist. Heinrich Ehrlich aus Berlin sprach sehr eingehend über die eingetretene traurige Lage und ermahnte zur Ruhe. Konkurs soll zurzeit nicht angemeldet, sondern eine Erledigung der Angelegenheit auf gutlichem Wege herbeigeführt werden. Die Bücher sind von der Behörde angeblich in Ordnung gefunden worden. Die Anwesenden übertrugen Ehrlich die Verfolgung der Interessen der Beteiligten und gaben ihm einen aus der Mitte der Versammlung gewählten dreigliedrigen Ausschuß bei, und er versprach, soviel als möglich herauszuholen. Demnach ist eine weitere große Versammlung statt, in der über die noch vorhandenen Mittel berichtet werden soll. Der Inhaber des Hoppgarten-Konzerns befindet sich in Berlin, war aber vom Generalvertreter für Dresden nicht aufzufinden.

— Erhöhung der Zeitungsdruckpapierpreise. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Zeitungsverleger und der Zeitungsdruckpapierfabrikanten führten zu dem Ergebnis, daß die Preise für Zeitungsdruckpapier für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember d. J. um 17,50 M., also auf durchschnittlich 348 M., erhöht werden. Damit tritt für das Zeitungsgerwerbe eine neue schwere Belastung ein.

— Klipphausen. Im Gasthof Klipphausen hält morgen Mittwoch abend 8 Uhr die dortige Ortsgruppe der S. P. D. eine öffentliche Versammlung ab, in der der Redakteur der Dresdner Volkszeitung, Herr Dr. Sachs, einen Vortrag hält. Nach uns gewordenen Mitteilungen ist Herr Dr. Sachs, der den volkswirtschaftlichen Teil dieser Zeitung leitet,

einer der besten Kenner der deutschen Volkswirtschaft, weshalb sich ein Besuch dieses Vortrags für jeden, der sich über die wichtigen Wirtschaftsfragen interessiert, lohnen dürfte. (Vgl. Inf.)

— **Niederwies.** Ein Schadenfeuer brach in der Nacht zum Montag im Anwesen des Gutsbesizers J. Schooge aus. Infolge leichtsinnigen Umganges mit einer brennenden Zigarette war das Bett eines Dienstknechtes in dessen Schlafrum, wo noch sein Arbeitskollege mit schlief, in Brand geraten. Der Besitzer, welcher den Brand von außen bemerkte, wedte sofort die in Lebensgefahr schwebenden Knechte sowie das übrige Personal. Trohden man den Flammen sofort energisch zu Leibe ging, vermochte man die schnelle Ausbreitung des Feuers auf das ganze Pferdehalla-Gebäude nicht zu verhindern. In den reichlich darin befindlichen Heuvorräten fand das Feuer gute Nahrung. Auch fielen den Flammen 100 Str. Maisfrot zum Opfer. Das Vieh konnte rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Das Stallgebäude brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder. Der Schaden ist erheblich, doch größtenteils durch Versicherung gedeckt.

— **Praschwitz.** Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich im Kammergut. Aus geringfügiger Ursache gerieten die beiden dort wohnenden Scholare Schneider und Richter in Meinungsverschiedenheiten. Im Laufe der Auseinandersetzung schoß der Scholar Schneider mit einer kleinen Flobertpistole, die er sich kurz vorher heimlich gekauft hatte und

mit der er sich gerade beschäftigte, auf den Scholar Richter. Er traf diesen so unglücklich, daß die Kugel dicht über dem Auge einbrang und den Tod des jungen Mannes alsbald zur Folge hatte. Richter war erst 17 Jahre alt. Er stammt aus Dresden und erzieute sich infolge seines ruhigen freundlichen Wesens allgemeiner Beliebtheit. Schneider ist 19 Jahre alt und ebenfalls Dresdner.

— **Jöhnpau.** Auf der Straße zwischen Wänschendorf und Börnichen fuhr ein Chemnitzer Autobesitzer mit Frau, Tochter und einer bekannten Dame, als plötzlich ein Reifen des Kraftwagens platzte und das Fahrzeug gegen einen Straßenbaum geschleudert wurde. Der das Auto selbst lenkende Besitzer und seine neben ihm sitzende Tochter blieben unverletzt, seine Frau erlitt eine Brustquetschung und einen Bruch des linken Armes. Die andere Dame trug eine Gehirnerschütterung davon.

— **Glauchau.** In einer gemeinschaftlichen Sitzung der städtischen Kollegien wurde die Zwangspensionierung des Bürgermeisters Brink beschlossen.

— **Werdau.** Das seit 500 Jahren selbständige Rittergut Ruppertsgrün ist der dortigen Gemeinde eingebracht worden. Um das Herrenhaus des Rittergutes von der Zwangseinkaufung zu befreien, schenkte der Besitzer der Gemeinde 3000 Quadratmeter Gelände zum Neubau eines Gemeindeamts und Grund und Boden für Herstellung zweier Straßen.

Aus dem Gerichtssaal.

— **Landgericht Dresden.** Ein größerer Meineidsprozeß beschäftigte am Sonnabend die 7. Ferienstrafkammer des Dresdner Landgerichts bis in die Abendstunden hinein. Die Anklage richtete sich zunächst gegen das 19 Jahre alte Hausmädchen Elise Frieda Raumann aus Riesa, zuletzt in Kesselsdorf in Stellung, sowie gegen den 1888 zu Dresden geborenen, in Zauderobe wohnhaften Kaufmann Gustav Oswald Gäßler, Inhaber einer chem.-technischen Großhandlung, und dessen Ehefrau Martha Luise Gäßler geb. Reifer. Nach dem Eröffnungsbeschuß soll die Raumann in einem Zivilprozeß vor dem Amtsgericht Döhlen in einer Grundstücksangelegenheit fahrlässig einen falschen Eid geschworen haben und vorher von dem mitangeklagten Ehepaar Gäßler, das sich seit dem 24. Juni in Untersuchungshaft befindet, dazu angeflist worden sein. Dem Ehepaar Gäßler wurde noch eine weitere Anstiftung zum Meineid zur Last gelegt. Zur Aufklärung des Sachverhaltes waren gegen zwanzig Zeugen geladen, deren Vernehmung allein bis in die siebente Abendstunde dauerte. Das Urteil lautete bei der Raumann auf zwei Monate, bei Frau Gäßler auf acht Monate und bei ihrem Ehemann auf fünf Monate Gefängnis. Das Gericht hatte nur fahrlässigen Falschheid bzw. Anstiftung dazu angenommen. In den weiteren Anklagepunkten wurde der Ehemann Gäßler freigesprochen.

Dank.

Es drängt uns, Herrn und Frau Griesbach für das uns freundlichst veranstaltete Erntefest recht herzlich zu danken.

Das wohlgelungene Fest war wieder ein Beweis unseres guten Einvernehmens mit der Herrschaft. Es wird uns allen immer eine schöne Erinnerung bleiben und jeden einzelnen zu neuer Pächterfüllung anspornen.

Herzogswalde, am 5. September 1921.

Das Gesamtpersonal
des Erbgerichtes Herzogswalde.

Für die uns anlässlich unserer Hochzeit und Einzuges dargebrachten guten Wünsche und schönen Geschenke sagen wir nur hierdurch, zugleich im Namen unsrer Eltern, allen unseren

herzlichsten Dank.

Blankenstein, am 6. September 1921.

Bernh. Schlegel u. Frau.

Für die uns anlässlich unseres 25-jährigen Ehejubiläums zuteil gewordenen Ehrungen sagen wir allen unseren

aufrichtigsten Dank.

Blankenstein, am 30. August 1921.

Franz Klingner u. Frau.

**Jugendverein „Zimmergrün“
Zaunheim.**

Sonnabend den 10. September

Ball.

Es ladet ergebenst ein **Der Vorstand.**
Ohne Karten kein Zutritt.

**Zeitungsaussträger
für Nieder-Grumbach
lucht d. Wilsdruffer Tageblatt.**

Oswald Mensch Nachf.

Inh.: Emil Mensch
Rosschächterei, Pferdegewerbe u. Spelawirtschaft
Potschappel, Turnerstrasse 10
Fernsprecher Amt Deuben 735
Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle.

Lindenschlöbchen - Lichtspiele.

Mittwoch den 7. September abends 8 Uhr

**Die Söhne
des Grafen Dollé**

Ein spannendes Drama in 1 Vorspiel und 5 Akten.

Hauptrolle: Albert Bassermann.

**Klipphausen, Röhrsdorf,
Sora, Sachsdorf u. Umgegend.**

Mittwoch den 7. September abends 8 Uhr

öffentliche Versammlung

im „Gasthof Klipphausen“.

Redakteur Dr. Sachs-Dresden spricht über das Thema:

Teuerung u. Geldentwertung.

Zu diesem belehrenden Vortrage laden wir alle Männer und Frauen von Klipphausen und Umgegend ein.

Freie Aussprache ist unbedingt zugesichert u. erwünscht.

S. V. D. Ortsgruppe Klipphausen u. Umg.

Verkaufe wegen Nachzucht mittelhäufiges

Arbeitspferd

unter dreien die Wahl, sowie wachslamen Hoshund

Bachmann, Blankenstein,
Fernruf Amt Mohorn 32.

Bruno Ehrlich, Deuben-Dresden

Fernruf 74
Fleischschlächterei u. Pferdegeschäft
Restaurant und Speisehaus „Zum müden Ross“
Bei vorkommenden Volksschlachtungen bin ich mit meinem neuen Transportautomobil schnellstens zur Stelle.

Achtung Schützen!

Mittwoch den 7. September

ab 8 Uhr im „Schützenhaus“

**Haupt-
versammlung.**

Um zahlr. Erscheinen bitten
Das Direktorium der
privat. Schützengesellschaft.

Kräftiges

**Wirtschafts-
mädchen,**

welches melken kann, wird
für 15. Sept. auf mittleres
Gut in der Nähe Dresdens
gesucht.

Angebote unter 55-45 an
die Geschäftsstelle d. Vl. erb.

J
ä
p
e
l
Jedes Quantum
Birnen, Äpfel,
Pflaumen
sowie alle Sorten
Gemüse
zum jeweiligen
Tagespreise kauft
Tharandter Str.
Fernsprecher 543.

Bedraugter

Kanon- od. kl. Heizosen
zu kaufen gesucht.
Angebote unter 5566 an
die Geschäftsst. d. Vl. erbeten.

Wir bitten höflich, An-
zeigen bis 10 Uhr vor-
mittags aufzugeben.

**Krögiger Bank
Aktiengesellschaft, Meissen.**

Die Aktionäre unserer Bank werden hierdurch zu der

Sonnabend den 10. September 1921
nachmittags 2 Uhr in Meissen,
Hotel „Hamburger Hof“ statifindenden

59. ordentlichen

General-Versammlung

ergebenst eingeladen.

Der Einlaß beginnt nachmittags 1 Uhr.

Nach § 25f des Statuts ist zur Teilnahme an der
Generalversammlung jeder im Aktienbuch eingetragene Be-
sitzer einer Aktie berechtigt.

Meissen, am 20. August 1921.

Der Vorstand.
Walther.

**Dr. med. Berger, Deutschenbora
von der Reise zurück.**

Sprechstunden von jetzt ab, außer wochentags
von 8-1/2, 10 Uhr und Sonntags von 9-10 Uhr,
noch Dienstags und Freitags von 4-5 Uhr.

**Pfeiler Spiegel, Wand- u. Handspiegel,
Bilder und Bilderrahmen**

cupsticht

Wilhelm Hombsch.

Bilder werden sauber eingerahmt.

**Oldenburger und ostfriesischer
Milch- und Zuchtvieh-Verkauf**

Zeige ergebenst an, daß ich wieder
mit einem großen Transport

prima junger, schwerer,
hochtrag. u. abgekalbter
Oldenburger u. ostfries.



Kühe und Kalben

sowie mit einer Anzahl erstklassiger Oldenburger

Herdbuch-Bullen

von 1/2 Jahr an eingetroffen bin und stelle dieselben
ab Sonntag den 11. Sept. nach Ablauf der 10-tägigen
Quarantäne äußerst preiswert zum Verkauf.

Meissen, **Mag Riesel**
am Bahnhof, Fernruf 393. Inh.: S. de Levie.

Kurt Siering, Potschappel

Tharandter Strasse Nr. 25
Rosschächterei, Spelawirtschaft u. Pferdegewerbe
Fernsprecher Amt Deuben Nr. 2151
Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle